

Dringliches Postulat zur ausschliesslichen Nutzung moderierter Social-Media-Plattformen durch die Stadt Thun sowie das Unterlassen von rassistischen Inhalten

Franz Schori, SP; SP-Fraktion

Antrag:

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, die Kommunikation der Stadt Thun auf Social-Media-Plattformen dahingehend zu überprüfen und neu auszurichten, dass diese ausschliesslich auf moderierten Plattformen erfolgt. Zudem soll der Gemeinderat prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass künftig rassistische und andere problematische Inhalte der Stadt vermieden werden.

Begründung

Social-Media-Plattformen sind für viele Menschen ein zentrales Medium zur Information und für den Dialog mit Behörden. Auch die Stadt Thun nutzt Plattformen wie Facebook, Instagram und TikTok, um die Bevölkerung zu erreichen. Doch insbesondere TikTok geriet in letzter Zeit aufgrund von Sicherheitsrisiken, problematischen Inhalten und Datenschutzbedenken wiederholt negativ in die Schlagzeilen (siehe z.B. hier und im Anhang). Dies wirft die berechnete Frage auf, ob das Nutzen solcher Plattformen im Einklang mit den Werten und der Verantwortung der öffentlichen Hand steht.

Die Stadt Thun hat die Möglichkeit, eine Vorbildrolle einzunehmen, indem sie ihre Kommunikation gezielt auf Plattformen verlagert, die eine aktive Moderation garantieren. Moderierte Plattformen bieten den Vorteil, dass destruktive Inhalte wie Hassrede oder Falschinformationen aktiv unterbunden werden. Dies fördert einen respektvollen Dialog und schützt die Nutzerinnen und Nutzer, darunter auch viele junge Menschen, vor schädlichen Einflüssen.

Gleichzeitig sollte die Auswahl der genutzten Plattformen auch den Aspekten des Datenschutzes Rechnung tragen. Plattformen, die Nutzerinnen- und Nutzerprofile umfassend auswerten oder sensible Daten potenziell missbrauchen könnten, stehen in einem Spannungsverhältnis zur Verantwortung der Stadt Thun.

In Bezug auf TikTok ist nicht nur die Plattform an sich fragwürdig, sondern auch Inhalte, die die Stadt veröffentlicht hat. Diese Inhalte wirken zum Teil peinlich, pseudo-lustig und in mindestens einem Fall gar rassistisch (siehe Anhang). Solche skandalösen Inhalte, veröffentlicht durch die Stadt Thun, untergraben das Vertrauen in die Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation. Sie sollen raschmöglichst gelöscht und künftig unbedingt vermieden werden.

Das Ziel muss sein, eine glaubwürdige, sichere und nachhaltige Kommunikation im digitalen Raum zu gewährleisten und den Dialog mit der Bevölkerung auf Plattformen zu führen, die den Werten der Stadt Thun nicht fundamental widersprechen.

Dringlichkeit: Wird verlangt.

Thun, 21. November 2024



Ein gefährliches Tiktok-Phänomen schwappt auf Schulen über

Amokdrohungen von Jugendlichen Jugendliche werden straffällig, weil sie Vorbildern in den sozialen Medien nacheifern.

Vor rund einer Woche blieb die Berufsfachschule BFF an einem Dienstagmorgen wegen einer Drohung geschlossen. Auch an zwei Basler Schulen ist es zu Drohungen gekommen letzte Woche. Und im Kanton Aargau sind Anfang November an zwei Schulen Amokdrohungen aufgetaucht, alles deutet auf einen «üblen Scherz» hin: In den Schulen in Bremgarten und Lenzburg fanden sich in den WC-Anlagen handgeschriebene Drohungen.

Die BFF gibt keine Auskunft

An der Schule in Lenzburg führten die Ermittlungen zu einem 11-jährigen Schüler. Er gestand, die Drohung angebracht zu haben. Ähnliches habe er auf Tiktok gesehen, erzählte der 11-Jährige. Die wohl als «Scherz» gedachte Drohung bringt für den Knaben Konsequenzen, er muss sich vor der Jugendanwaltschaft verantworten.

Könnte auch an der Berner Berufsschule BFF ein Tiktok-Video Auslöser für die Drohung von letzter Woche gewesen sein? Der Direktor der Berufsschule verweist an die Kantonspolizei Bern zur Beantwortung aller Fragen.

Und diese könne sich zu den laufenden Ermittlungen nicht äussern, wie Polizeisprecherin Jessica Friedli auf Anfrage schreibt. «Wir beobachten jedoch auch im Kanton Bern, dass es in der Vergangenheit zu derartigen Äusserungen gekommen ist.»

Suche nach Aufmerksamkeit

Wieso schreiten Jugendliche zu solchen Taten? Die Stiftung Pro Juventute schult Jugendliche in ihrem Umgang mit den digitalen Medien. Sie möchte sich zu den Fällen von Drohungen an den Schulen nicht äussern. Sie verfüge dazu über zu wenige Informationen, sagt Mediensprecherin Lulzana Musliu.

Sie könne jedoch generell sagen, dass «Jugendliche, die auf solche gefährlichen Trends aufspringen, oft auf der Suche nach Aufmerksamkeit und sozialer Anerkennung sind».

Ab 10 Jahren strafmündig

Gerade in der sensiblen Phase der Pubertät, in der die Meinung von Gleichaltrigen eine hohe Bedeutung habe, könne es für Jugendliche eine reizvolle Vorstellung sein, durch extreme Handlungen viral zu gehen. «Die Dynamik auf Plattformen wie Tiktok fördert dies zusätzlich, indem sie durch Likes und Follower-Zuwachs ein schnelles Gefühl von Anerkennung vermittelt», sagt Musliu. Sie betont aber: Amokdrohungen an Schulen sind in keiner Weise «lustig» oder harmlos - sie erzeugen Angst, lösen erhebliche Polizeieinsätze aus und stören den Schulalltag massiv. Da Kinder in der Schweiz ab dem Alter von 10 Jahren als strafmündig gelten, wird ihnen eine gewisse Verantwortlichkeit zugemutet. Sie müssen sich für ihr Verhalten rechtlich verantworten. Nicht allen Kindern, Jugendlichen oder Eltern sei dies genügend bewusst.

Laut Musliu braucht es ein gemeinsames Vorgehen von Schulen, Eltern und der Gesellschaft, um auf diese Problematik der Tiktok-Trends zu reagieren. Der verantwortungsbewusste Umgang mit digitalen Medien sei eine Schlüsselkompetenz für Kinder und Jugendliche und müsse aktiv gefördert werden. «Eltern müssen das Verhalten ihrer Kinder in die digitale Welt begleiten und sie auf Risiken sensibilisieren», sagt Musliu.

In der Schule müsse von den Lehrpersonen eine Kultur des offenen Austauschs gefördert werden, in der sich Schülerinnen und Schüler sicher fühlen, über soziale Medien, Trends und ihre eigenen Erfahrungen zu sprechen. «Wenn Jugendliche spüren, dass sie ernst genommen werden, suchen sie eher das Gespräch, bevor sie sich auf gefährliche Challenges einlassen», sagt Musliu.